

**Niederschrift
über die Sitzung des Schulausschusses
am 27.11.2012, 17:30 Uhr, im Ratssaal
des Rathauses der Stadt Eschweiler**

Anwesende Mitglieder des Schulausschusses:

Ratsmitglieder:

RM Maus (CDU) als AVors.
RM Schultheis (SPD) als stv. AVors.

Von der SPD:

RM Dickmeis, RM Lindner, RM Medic,
RM Zimmermann

Von der CDU:

RM Graff, RM Mund für RM Dr. Herzog

Von Bündnis 90/Die Grünen:

RM Widell für RM Pieta

Sachkundige Bürger:

Von der SPD:

Frau Kirschvink, RM Priem für Frau Meuthen,
RM Wagner für Herrn Müller

Von der CDU:

Herr Kamps

Von der FDP:

Frau Göbbels

Von der UWG:

RM Waltermann

Sachkundige Einwohner:

Vertreter des Kinderschutzbundes:

Frau Kaleß

Vertreter der evang. Kirche:

-

Vertreter der kath. Kirche

Herr Pfarrer Wienand

Mitglieder mit beratender Funktion

Vertreter der städt. Schulen:

Schulleiter Dr. Mersch, Schulleiter Eßer, Schullei-
ter Leclair, Schulleiter Schnitzler, Schulleiterin
Silbernagel

Gäste

Herr Herzog (Städt. Gesamtschule -Waldschule-)

Frau Adolphs und Herr Schöner
(Geschäftsführerin Europaverein GPB e.V.)

Frau Lenzen und Frau Luthe
(Bildungsbüro der Städteregion Aachen)

Herr Schulrat Gerd Funk
(Schulamt für die Städteregion Aachen)

Von der Verwaltung:

Herr Kamp, I / RF
Frau Seeger, AL in 40
Frau Tiefenbach (10)

Schriftführer:

Herr Effenberg, 40

Entschuldigt fehlten:

RM Dr. Herzog, RM Gabriele Pieta, Frau Desirée Meuthen, Herr Thorsten Müller, Frau Marlene Rüländ, Frau Birgit Schultes-Zartmann, Herr Schulrat Wolfgang Müllejans

A) Öffentlicher Teil

AVors. Maus eröffnete die Sitzung des Schulausschusses um 17.30 Uhr und begrüßte die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Gäste bzw. Zuhörer.

AVors. Maus stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung des Schulausschusses sowie die Versendung der Tagesordnung frist- und formgerecht erfolgten.

Des Weiteren stellte er fest, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder des Schulausschusses anwesend war und dass die Zahl der anwesenden Ratsmitglieder die Zahl der anwesenden Sachkundigen Bürger überstieg. Somit war die Beschlussfähigkeit gegeben.

Auf Anregung des **AVors. Maus** wurden zunächst einstimmig folgende Änderungen der Tagesordnung beschlossen:

- Der Tagesordnungspunkt A 4 (Einführung und Verpflichtung eines beratenden Mitgliedes, hier: Frau Marlene Rüländ) wurde aufgrund der Tatsache, dass Frau Rüländ entschuldigt fehlte, abgesetzt.
- Der Tagesordnungspunkt A 17 (Maßnahmen zum Erhalt der katholischen Grundschule Eschweiler-Röthgen) wurde vorverlegt; die Behandlung sollte im Anschluss an den Tagesordnungspunkt A 6 (Einführung und Verpflichtung eines beratenden Mitgliedes, hier: Herr Ewald Leclair) erfolgen.

Im Übrigen wies **AVors. Maus** darauf hin, dass die Tagesordnung um einen Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil (TOP 2.1) ergänzt wurde. Weitere Anträge auf Änderung oder Ergänzung wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Tagesordnung		Vorlagen-Nummer
A	Öffentlicher Teil	
A 1	Genehmigung einer Niederschrift	- ohne -
A 2	Neues Übergangssystem Schule – Beruf in NRW; Sachstandsbericht des Bildungsbüros der StädteRegion Aachen	378/12
A 3	Umbesetzungen im Schulausschuss	221/12
A 5	Einführung und Verpflichtung eines beratenden Mitgliedes	331/12
A 6	Einführung und Verpflichtung eines beratenden Mitgliedes	228/12
A 17	Maßnahmen zum Erhalt der katholischen Grund- schule Eschweiler-Röthgen	352/12
A 7	Vortrag eines Vertreters des Europavereins GPB e.V. über Inhalte der Vereinsarbeit;	- ohne -

SPD-Antrag vom 25.10.2012

A 8	Stellungnahme der Verwaltung zur Einrichtung einer gemeinsamen Gesamtschule der Gemeinde Aldenhoven und der Stadt Linnich	328/12
A 9	Umstellung des HGG – Schülerspezialverkehrs auf den ÖPNV; hier: Erhöhung der ÖPNV-Umlage zulasten der städtereionsangehörigen Kommunen	311/12
A 10	Gesamtschule Waldschule; hier: bauliche Sanierung und Verbesserung der räumlichen Situation	357/12
A 11	Referentenentwurf zum Ersten Gesetz zur Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen (9. Schulrechtsänderungsgesetz)	341/12
A 12	Einführung des gebundenen Ganztags an der Willi-Fährmann-Schule zum Schuljahr 2013/14	344/12
A 13	Amtliche Schulstatistik 2012 im Vergleich mit der SEP-Prognose 2010 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an Eschweiler Schulen 2012/13 im Vergleich mit den Zahlen 2011/12	380/12
A 14	Ausstattung der naturwissenschaftlichen Fachunterrichtsräume an weiterführenden Schulen; SPD-Antrag vom 21.02.2012	377/12
A 15	Bestellung eines stimmberechtigten Vertreters für die Schulkonferenz der Waldschule – städt. Gesamtschule Eschweiler zur Wahl der Schulleiterin / des Schulleiters	379/12
A 16	Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes -Ortsverband Eschweiler e.V.- auf einen städtischen Zuschuss für die Betreuung von Grundschulkindern an fünf Grundschulen im Schuljahr 2013 / 2014	369/12
A 18	Errichtung einer Mehrzweckhalle für die KGS / OGS Don-Bosco	387/12
A 19	Anfragen und Mitteilungen	- ohne -

B Nichtöffentlicher Teil		
B 1	Qualitätsanalyse an der KGS Don-Bosco	318/12
B 2	Bestellung einer Schulleiterin	233/12
B 2.1	Bestellung eines Schulleiters	390/12
B 3	Anfragen und Mitteilungen	- ohne -

A Öffentlicher Teil

A 1	Genehmigung einer Niederschrift	-ohne-
-----	---------------------------------	---------------

Die Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses am 20.06.2012 wurde einstimmig genehmigt.

A 2	Neues Übergangssystem Schule – Beruf in NRW; Sachstandsbericht des Bildungsbüros der StädteRegion Aachen	378/12
-----	---	--------

Zunächst wies **Herr Kamp** darauf hin, dass das Projekt erstmals in der Bürgermeisterkonferenz, die von Herrn Bürgermeister Bertram geleitet werde, vorgestellt worden sei.

Die **Mitarbeiterinnen des Bildungsbüros** der Städteregion Aachen standen für Fragen zu der Vorlage zur Verfügung.

RM Mund bat am Beispiel der Fahrtkosten für Schülerpraktika in der 8. Klasse um Auskunft bezüglich der praktischen Umsetzung der Vorhaben. **Die Mitarbeiterinnen des Bildungsbüros** der Städteregion Aachen erklärten, Fragen der praktischen Umsetzung seien noch nicht detailliert durchdacht; eine sukzessive Klärung stehe jedoch bevor. **Frau Seeger** wies darauf hin, dass Fahrtkosten für schulisch veranlasste Betriebspraktika bis zur 10. Klasse vom Schulträger zu tragen seien.

Auf Nachfrage durch **Frau Göbbels** erklärten die **Mitarbeiterinnen des Bildungsbüros** der Städteregion Aachen, die Gremien bestünden u.a. aus Vertretern aller Schulformen. Vorschläge Außenstehender könnten an das Bildungsbüro der Städteregion herangetragen werden; von dort würden die Vorschläge in die Gremien eingebracht.

Abschließend bat **Frau Göbbels** darum, die Mitglieder des Schulausschusses über die Anzahl der Teilnehmer der verschiedenen Vorhaben zu informieren. Dies wurde von Seiten der **Mitarbeiterinnen des Bildungsbüros** der Städteregion Aachen zugesagt.

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

Das beratende Mitglied **Karlmartin Eßer** wurde durch den **AVors. Maus** eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Herr Eßer sprach folgende Verpflichtungsformel: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Eschweiler erfüllen werde. Ich verpflichte mich, so wahr mir Gott helfe.“

Das beratende Mitglied **Ewald Leclaire** wurde durch den **AVors. Maus** eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Herr Leclaire sprach folgende Verpflichtungsformel: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Eschweiler erfüllen werde. Ich verpflichte mich, so wahr mir Gott helfe.“

Zunächst erläuterte **Herr Kamp**, die Verwaltung habe zwischenzeitlich die betroffenen Schulen (KGS Barbaraschule und KGS Röthgen) beteiligt. Die Schulkonferenz der KGS Röthgen habe sich für den in der Vorlage enthaltenen Beschlussentwurf (Auflösung der eigenständigen KGS Röthgen und Fortführung derselben als Teilstandort der KGS Barbaraschule) ausgesprochen. Die Schulkonferenz der KGS Barbaraschule habe demgegenüber eine ablehnende Haltung eingenommen, da oftmalige Standortwechsel des Lehrpersonals befürchtet würden und der Beschlussentwurf einzig zugunsten der KGS Röthgen, jedoch zulasten der KGS Barbaraschule verfasst sei. Herr Kamp wies ausdrücklich darauf hin, dass die vorgenannten Stellungnahmen in Bezug auf die Entscheidung nicht bindend seien.

RM Schultheis erklärte, von Seiten der SPD-Fraktion würden die Beschlüsse der Schulkonferenz ernst genommen; gleichwohl wiege das Interesse der Schüler an einer wohnortnahen Beschulung schwerer. Er erläuterte, die Aufteilung auf zwei Standorte sei grundsätzlich möglich, dies zeigten nicht zuletzt die Berufskollegs.

RM Widell bat um Auskunft, inwiefern der Besuch der Offenen Ganztagschule (OGS) an der KGS Röthgen für Schüler, die an der KGS Barbaraschule beschult würden, ein Argument darstellen könne. **Frau Seeger** erläuterte, an der KGS Barbaraschule bestehe derzeit kein offener Ganztagsbetrieb, obwohl regelmäßig entsprechende Anfragen von Eltern, deren Kinder die KGS Barbaraschule besuchen, gestellt würden. Diesem Wunsch könne im Rahmen der Teilstandort-Lösung für die KGS Röthgen entsprochen werden.

Auf die Frage des **RM Widell**, wie die Räume der KGS Röthgen bei einem zukünftig einzügigen Schulbetrieb genutzt würden, erklärte **Frau Seeger**, der offene Ganztagsbetrieb erfolge derzeit in den Pavillonklassen, die künftige Nutzung sei jedoch noch nicht absehbar. Aller-

dings werde das großzügige Raumangebot aktuell schulisch genutzt; so seien beispielsweise Fachunterrichtsräume im Schulgebäude eingerichtet worden, die anderen Grundschulen nicht zur Verfügung stehen.

RM Widell fragte daraufhin, wie der Transport der Kinder von der KGS Barbaraschule zur OGS am neuen Teilstandort Röhgen geplant sei. **Frau Seeger** erläuterte hierzu, dass der Schülertransport vom Bedarf abhängig sei. Schließlich entscheide zunächst die Schulleitung, wo die Kinder beschult würden. Es seien mehrere Optionen denkbar; z.B. könne überlegt werden, Kinder, die ohnehin die OGS am Teilstandort Röhgen besuchten, auch für den Regelunterricht am Teilstandort Röhgen unterzubringen.

Frau Göbbels bat um Auskunft, ob die einmal beschlossene Auflösung der KGS Röhgen mit einhergehender Fortführung als Teilstandort auch rückgängig gemacht werden könne. **Herr Schulrat Funk** erläuterte, eine Rückabwicklung des Vorhabens sei nicht möglich. Vielmehr handele es sich in diesem Fall um eine Neuerrichtung der KGS Röhgen, die bestimmte Schülerzahlen, Klassenzahlen etc. voraussetze.

Frau Kaleß erklärte, der Beschlussvorschlag werde von Seiten des Kinderschutzbundes Eschweiler aufgrund der guten Erfahrungen in der bereits bestehenden Zusammenarbeit beider Standorte befürwortet.

Herr Kamp wies darauf hin, dass er keine sinnvollen Alternativen zu der im Beschlussvorschlag dargestellten Verfahrensweise sehe. Dies wurde durch **Herrn Schulrat Funk** bestätigt; dieser erläuterte, seit der Schulrechtsänderung vom 07.11.12 sehe das Gesetz ausschließlich eine Fortführung von eigenständigen Schulstandorten mit mehr als 92 Schülern vor. Im Falle der KGS Röhgen kämen daher lediglich eine Fortführung als Teilstandort oder alternativ die Schließung in Betracht.

RM Graff gab zu Bedenken, dass der Wunsch von Eltern, die sich bewusst für eine Beschulung ihrer Kinder an der KGS Barbaraschule entscheiden würden, unter Umständen keine Berücksichtigung fände (Beschulung an der KGS Barbaraschule, jedoch Teilstandort Röhgen).

Schließlich ergriff erneut **Herr Schulrat Funk** das Wort und erklärte, der Begriff der freien Schulwahl sei seit jeher durch die vom Schulträger vorgegebenen Rahmenbedingungen begrenzt gewesen. Außerdem appellierte Herr Funk an die Solidarität der Eltern der KGS Barbaraschule, die ja auch derzeit davon profitierten, dass ein Sportlehrer der KGS Röhgen in der KGS Barbaraschule den Sportunterricht sicherstelle.

Herr Schnitzler wies darauf hin, dass anstelle der Fortführung als Teilstandort der KGS Barbaraschule auch eine Fortführung als Teilstandort der KGS Bergrath hätte berücksichtigt werden können. Er erklärte, der Wunsch nach dem offenen Ganztagsbetrieb an der KGS Barbaraschule sei ihm bekannt; dieser werde bei einer Umsetzung des Vorhabens ignoriert, da die zusätzliche Einrichtung des offenen Ganztagsbetriebes an der KGS Barbaraschule hinfällig würde. Zudem würde der Schulweg für Kinder, die an der KGS Barbaraschule angemeldet würden, im Falle einer Beschulung am Teilstandort Röhgen verlängert; dies wiederum würde dem Prinzip „kurze Bein – kurze Wege“ zuwiderlaufen.

RM Mund fragte im Hinblick auf den Widerwillen der Schulkonferenz an der KGS Barbaraschule an, ob die Schulkonferenz der KGS Bergrath nach dem dortigen Interesse an einem Teilstandort Röhgen gefragt worden sei. Im Übrigen wies sie auf den ihrer Meinung nach erhöhten Verwaltungsaufwand nach der Umsetzung hin.

Herr Kamp erklärte hierzu, die KGS Bergrath sei aufgrund der bereits bestehenden Zusammenarbeit zwischen der KGS Röhgen und der KGS Barbaraschule nicht beteiligt worden. Zudem sei von Seiten der KGS Barbaraschule nie auf die Einführung des offenen Ganztagsbetriebes gedrängt worden.

Frau Seeger wies hinsichtlich der Frage des Mehraufwandes darauf hin, dass gerade zur Erzielung von Synergieeffekten die KGS Barbaraschule ausgesucht worden sei, da sie den gleichen Betreuungsträger sowie die gleiche Sekretärin hätten und insofern die Kooperationen bereits bestünden.

Die Mitglieder des Schulausschusses beschlossen einstimmig, dem Stadtrat zu empfehlen, der Verwaltungsvorlage zu folgen und die Auflösung der eigenständigen KGS Röhgen bei gleichzeitig einhergehender Fortführung derselben als Teilstandort der KGS Barbaraschule zu beschließen.

A 7 Vortrag eines Vertreters des Europaver eins GPB e.V.
über Inhalte der Vereinsarbeit; SPD-Antrag vom 25.10.2012

- ohne -

Der Präsident des Vereins, **Herr Schöner**, lud die Mitglieder des Schulausschusses zu einer Veranstaltung im Rahmen der Kulturreihe „Europäische Lebensgefühle“ am 04.12.12, 18:30 Uhr, ins Foyer des Rathauses der Stadt Eschweiler ein.

Die Anwesenden nahmen den Vortrag der Geschäftsführerin des Europaver eins GPB e.V., **Frau Adolphs**, zur Kenntnis.

A 8 Stellungnahme der Verwaltung zur Einrichtung einer gemeinsamen
Gesamtschule der Gemeinde Aldenhoven und der Stadt Linnich **328/12**

Zunächst wies **Herr Kamp** auf ein für den 19.12.2012 vorgesehenes Moderatorengespräch bei der Bezirksregierung Köln hin.

RM Schultheis regte an, die Vorlage nicht lediglich zur Kenntnis zu nehmen, sondern einen Beschluss des Schulausschusses herbeizuführen.

RM Widell stellte die seiner Meinung nach geringen Auswirkungen des Vorhabens für die Eschweiler Schulen dar. Er vertrat jedoch die Auffassung, dass es sich bei dem vorgelegten Beschlus sentwurf aufgrund der Wichtigkeit seiner Meinung nach um einen Beschluss hätte handeln müssen.

Herr Kamp legte eingehend dar, dass die Herbeiführung eines Beschlusses von Seiten des Schulausschusses innerhalb der gesetz t Frist zur Stellungnahme nicht möglich gewesen wäre, so dass man den Vorgang zur Kenntnisnahme vorbereitet habe.

Auf die Frage des **RM Waltermann** nach der genehmigenden Stelle für Schuleinrichtungen erläuterte **Herr Kamp**, die Bezirksregierung Köln sei für eine entsprechende Genehmigung zuständig.

Der **AVors. Maus** bat Herrn Kamp um Angabe des Zeitraumes zwischen der Beantragung und Entscheidung über die Einrichtung einer Gesamtschule. **Herr Kamp** erklärte hierzu, der zeitliche Rahmen sei noch nicht absehbar. Nach dem für den 19.12.2012 terminierten Moderatorengespräch seien Klageverfahren von Seiten der betroffenen Städte und Gemeinden möglich.

RM Graff erklärte, die Stadt Eschweiler könne sich in Bezug auf die Errichtung von Schulen in Nachbarstädten bzw. Nachbargemeinden nicht vollständig isolieren.

Herr Kamp schlug vor, die Vorlage wie vorgesehen zunächst zur Kenntnis zu nehmen und das Moderatorengespräch abzuwarten. Er erklärte, gegebenenfalls könne im Anschluss eine außerordentliche Schulausschusssitzung terminiert werden.

RM Schultheis beantragte eine Unterbrechung der Sitzung. Der **AVors. Maus** unterbrach die Sitzung für 10 Minuten (19:00 Uhr bis 19:10 Uhr).

Herr Pfarrer Wienand wies auf die bereits erfolgten Wechsel ehemals Eschweiler Schüler zu Schulen in Stolberg hin; **RM Widell** erkundigte sich nach der Zahl der Abgänger zu Schulen in Langerwehe. **Herr Kamp** erklärte hierzu, gesicherte Erkenntnisse lägen diesbezüglich noch nicht vor.

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

A 9 Umstellung des HGG – Schülerspezialverkehrs auf den ÖPNV;
hier: Erhöhung der ÖPNV-Umlage zulasten der städteregions-
angehörigen Kommunen

311/12

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

A 10	Gesamtschule Waldschule; hier: bauliche Sanierung und Verbesserung der räumlichen Situation	357/12
------	---	---------------

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

A 11	Referentenentwurf zum Ersten Gesetz zur Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen (9. Schulrechtsänderungsgesetz)	341/12
------	---	---------------

Die Anwesenden erklärten, die Grundidee der Inklusion ausdrücklich zu begrüßen. **Herr Eßer** (Willi-Fährmann-Schule) stellte die Entwicklungen der vergangenen Jahre dar und wies darauf hin, dass – obwohl die Inklusion als solche zu begrüßen sei – die Geschwindigkeit der Entwicklung ein Problem darstelle. Die Zahl der Schüler an den Förderschulen sinke stetig; gleichzeitig steige die Anzahl der Schüler, die im gemeinsamen Unterricht an den Gesamt-, Haupt- und Realschulen beschult würde, an. Eine Unterschreitung der Mindestschülerzahl an der Willi-Fährmann-Schule sei bereits in den nächsten Schuljahren möglich.

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

A 12	Einführung des gebundenen Ganztags an der Willi-Fährmann- Schule zum Schuljahr 2013/14	344/12
------	---	---------------

RM Graff sprach sich für die Beibehaltung des „Cook and Chill“ – Verfahrens aus. **Herr Kamp** erklärte, die Frage der Essenszubereitung unabhängig von der Entscheidung über die Einführung des gebundenen Ganztags erörtern zu wollen.

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

A 13	Amtliche Schulstatistik 2012 im Vergleich mit der SEP-Prognose 2010 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an Eschweiler Schulen 2012/13 im Vergleich mit den Zahlen 2011/12	380/12
------	---	---------------

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

A 14	Ausstattung der naturwissenschaftlichen Fachunterrichtsräume an weiterführenden Schulen; SPD-Antrag vom 21.02.2012	377/12
------	---	---------------

RM Widell äußerte sein Unverständnis hinsichtlich der Tatsache, dass der beauftragte Gutachter zu einigen Fragestellungen kein Urteil abgeben konnte. Herr Kamp erklärte, kein Gutachter verfüge über umfassendes Wissen in allen Fachbereichen. Entscheidend sei, dass keine Sicherheitsmängel festgestellt wurden.

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

- | | | |
|------|--|---------------|
| A 15 | Bestellung eines stimmberechtigten Vertreters für die Schulkonferenz der Waldschule – städt. Gesamtschule Eschweiler zur Wahl der Schulleiterin / des Schulleiters | 379/12 |
|------|--|---------------|
-

Die Mitglieder des Schulausschusses beschlossen einstimmig, die dringliche Entscheidung vom 09.11.2012 mit dem in der Verwaltungsvorlage dargelegten Wortlaut zu genehmigen.

- | | | |
|------|---|---------------|
| A 16 | Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes -Orts-verband Eschweiler e.V.- auf einen städtischen Zuschuss für die Betreuung von Grundschulkindern an fünf Grundschulen im Schuljahr 2013/14 | 369/12 |
|------|---|---------------|
-

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

- | | | |
|------|---|---------------|
| A 18 | Errichtung einer Mehrzweckhalle für die KGS / OGS Don-Bosco | 387/12 |
|------|---|---------------|
-

Die Anwesenden erklärten, die Notwendigkeit einer Mehrzweckhalle für die KGS/OGS Don-Bosco den haushaltswirtschaftlichen Notwendigkeiten unterzuordnen. Gleichwohl wurde darum gebeten, die Möglichkeit einer Umsetzung des Vorhabens in regelmäßigen Abständen zu überprüfen.

RM Waltermann bat darum, einen Überblick über die Hallenzeiten zu erhalten, die den Grundschulen in Eschweiler Sporthallen zur Verfügung stehe. **Frau Seeger** sagte zu dem Protokoll eine entsprechende Auflistung beizufügen (Anlage 1).

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

- | | | |
|------|---------------------------|-----------------|
| A 19 | Anfragen und Mitteilungen | - ohne - |
|------|---------------------------|-----------------|
-

Frau Seeger erläuterte auf die Bitte des Herrn Kamp hin die wesentlichen Inhalte der 8. Änderung des Schulgesetzes. Als wesentlichen Bestandteil stellte sie hierbei die Vorgabe von Rahmenbedingungen durch den Schulträger heraus (Festlegung der Zahl der Eingangsklassen). Die diesbezügliche Verordnung sei jedoch noch nicht in Kraft getreten. Sie erklärte zudem, gemäß Mitteilung des Schulamtes für die Städteregion Aachen sei derzeit an allen Grundschulen nur eine Anmeldung möglich; eine Aufnahme könne frühestens nach der Festlegung der Kapazität durch den Schulträger erfolgen.

Herr Kamp wies darauf hin, dass für das Schuljahr 2013/14 aktuell keine Neuerungen oder Probleme zu erwarten seien.

RM Schultheis ergriff das Wort und erklärte, ihm sei eine Unterschriftenliste aus dem Bereich Kinzweiler übergeben worden; Gegenstand der Aktion sei die Klassenbildung der KGS Kinzweiler. Er übergab die Liste an den **AVors. Maus**, der sie an **Frau Seeger** weiterreichte.

RM Schultheis schlug zudem vor, zur Eingangsklassenneuerung eine Arbeitsgruppe ohne Beteiligung der Politik zu gründen. **Herr Kamp** erläuterte, es sei eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Verwaltung und der Schulleitungen vorgesehen. Für den Fall, dass Probleme festgestellt würden, sei zudem erneut eine Thematisierung im Rahmen einer Schulausschusssitzung vorgesehen.

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

Der öffentliche Teil der Sitzung des Schulausschusses endete um 20:20 Uhr.